



**Schlagabtausch** In der «Winterthurer Zeitung» werfen sich alle vierzehn Tage zwei Politikerinnen und Politiker in einem Schlagabtausch den Ball zu. Heute fordert die Stadtparlamentarierin der AL, Sarah Casutt, den Präsidenten der FDP Winterthur, Dieter Kläy, heraus.

# Über Ober- und Untergrenzen

**Sarah Casutt:** Guten Tag Herr Kläy – Wie beurteilen Sie die grossen Abstimmungserfolge zum Mindestlohn in Winterthur mit 65 Prozent und Zürich mit 70 Prozent? Und inwiefern sehen Sie die Rekurse gegen den Mindestlohn von bürgerlicher Seite als gerechtfertigt, insbesondere da Sie selbst als Ressortleiter für den Schweizer Gewerbeverband tätig sind?

**Dieter Kläy:** Lohnverhandlungen sollen Arbeitgeberinnen und Arbeitnehmern, bei Gesamtarbeitsverträgen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen vorbehalten sein. 2014 ist eine Initiative mit 76 Prozent der Stimmen gescheitert. Regionale Flickenteppiche unterschiedlicher Mindestlöhne machen keinen Sinn. Wie begründen Sie die polizeikritische Haltung der AL?

**Sarah Casutt:** Seit 2014 hat sich das Abstimmungsergebnis klar verändert und ein politisch gesetzter Mindestlohn zur Bekämpfung der steigenden Armut ist absolut gerechtfertigt. Die Polizei ist Teil der Stadtverwaltung mit viel Macht, da ist es nur normal, sich kritisch damit auseinanderzusetzen. Welche Lösungen sehen sie bei der aktuellen Wohnkrise und immer teureren Mieten?

**Dieter Kläy:** Bauen muss attraktiver werden. Denkmal- und Heimatschutz muss gelockert, Baubewilligungen beschleunigt und die Ausnutzungsziffer erhöht werden. Büros müssen in Wohnungen umgewandelt werden können. Braucht es tatsächlich eine Solarpflicht auf jedem Dach von Winterthur?

**Sarah Casutt:** Einfach nur mehr Bauen allein reicht nicht aus. Es braucht eine Begrenzung der Profitgier von Immobilienbesitzer:innen. Allein 2021 wurden schweizweit 10 Milliarden Franken zu viel Miete bezahlt.

Die Wohnschutzinitiative fordert hier unter anderem eine Obergrenze für Mieten nach Sanierungen. Die Ausnutzung von möglichst vielen Dachflächen für Solaranlagen ist definitiv sinnvoll.

**Dieter Kläy:** Die Nutzung von Dachflächen ist tatsächlich sinnvoll. Aber sie muss Sinn machen und darf kein Zwang sein. Gesetzliche Obergrenzen für Mieten nach Sanierungen sind ein zu starker Eingriff ins Eigentum. Das lehne ich ab. Wie soll sich Winterthur als Wohn- und Arbeitsstadt entwickeln?

**Sarah Casutt:** Nur mit Anreizen allein kann die Energiewende und die Klimakrise im Allgemeinen nicht angegangen werden. Winterthur soll eine Stadt mit bezahlbaren Wohnungen für alle sein, ein breites Kulturangebot und Freiräume fördern, sowie die Mitbestimmung der Bevölkerung bei der Stadtentwicklung stärken. Welche Ansätze sehen Sie denn für eine rechtzeitige Energiewende?

**Dieter Kläy:** Ansätze für eine rechtzeitige Energiewende sehe ich unter anderem in Investitionen in die Wasserkraft, Förderung der erneuerbaren Energien, Ausbau im Bereich der Photovoltaik, AKW solange betreiben, wie möglich, damit keine Lücken entstehen. Effizienzsteigerungen dank intelligenter Gebäudetechnik, kein Technologieverbot. Ist Ihr Ziel nicht Versorgungssicherheit?

**Sarah Casutt:** Atomkraftwerke so lange wie möglich betreiben, macht die Schweiz im Fall von Beznau I bereits seit 54 Jahren. Das macht es zum weltweit ältesten Atomkraftwerk und laut Studien ist die abnehmende Sicherheit besorgniserregend. Die Versorgungssicherheit ist wichtig, gleichzeitig ist es aber nicht auf nachhaltige Weise möglich, so viel Energie wie bisher zu verbrauchen.



## Im Schlagabtausch AL gegen FDP

**Sarah Casutt**  
Jahrgang: 1994

**Politische Mandate:** Stadtparlamentarierin, Mitglied Sachkommission Soziales und Sicherheit

**Beruf:** Physiotherapeutin FH

**Dieter Kläy**  
Jahrgang: 1963

**Politische Mandate:** Präsident FDP Winterthur, Vizepräsident FDP Kt. ZH, Kantonsrat

**Beruf:** Ressortleiter Arbeitsmarkt und Berufsbildung, Co-Direktor Schweizerischer Gewerbeverband

chen. Es braucht kreative Ansätze von Degrowth.

**Dieter Kläy:** Wir benötigen eine Energiestrategie, die von der Bevölkerung und der Wirtschaft akzeptiert ist und die auch getragen werden kann. Sie darf einkommensschwache Schichten auch nicht benachteiligen. Was verstehen Sie unter »kreativen« Ansätzen?

**Sarah Casutt:** Es braucht eine sozialgerechte Energie- und Klimastrategie, die von Bevölkerung und Wissenschaft getragen werden. Degrowth heisst für mich, den Wohlstand aller nicht mit Wirtschaftswachstum sondern Lebensqualität zu beschreiben. Wie hebt sich die FDP von der SVP ab? Die letzten Abstimmungen im Nationalrat und die Listenverbindung für die Wahlen zeigen keine grossen Unterschiede.

**Dieter Kläy:** Die FDP unterscheidet sich in einigen Themen von der SVP, wie zum Beispiel in der Frage der Personenfreizügigkeit und der bilateralen Verträge gegenüber Europa, die für uns wichtig sind. Gemeinsamkeiten haben wir zum Beispiel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Listenverbindung ist eine rein technische Massnahme und dient der Sicherung von Restmandaten der Listenverbindungspartner. *pd/js/cnb*

## «Comeback» für Urs Glättli im Kantonsrat

**Politik** Urs Glättli rückt neu als Kantonsrat für den zurückgetretenen Michael Zeugin wieder in den Kantonsrat nach. Neu wird er zusammen mit Chantal Galladé die Grünliberalen Winterthur im Kantonsparlament vertreten. Die GLP stellt zwei der 13 Winterthurer Sitze.

Seit 2017 politisiert Urs Glättli im Stadtparlament, wo er zusammen mit seiner Fraktion und im unabhängigen Verbund mit mehrheitsbildenden Kräften Lösungen zu politischen Problemen unter Beweis gestellt hat. Mit seiner ersten Motion «Schulbehörden-Organisation Winterthur» wurde die inzwischen umgesetzte Reorganisation der Schulpflegen eingeläutet. Mit der ersten parlamentarischen Initiative erwirkte Glättli die «Begründung und amtliche Publikation der Bewilligung hoher gebundener Ausgaben» und mit der inzwischen angedachten «Revitalisierung des Mattenbachs» hat er ein Herzens-Anliegen seines Quartiers lanciert. Wiederholt hat er sich in städtischen Abstimmungs- und Wahlkomitees engagiert, so für «die Schuldenbremse», die «neue Gemeindeordnung» und Winterthur Netto Null CO<sup>2</sup> 2040». Im Stadtparlament vertrat er die Grünliberalen mehrere Jahre in der Kommission für Sicherheit und Soziales, in der Aufsichtskommission und in der Spezialkommission Gemeindeordnung. Urs Glättli: «Ich freue mich, meine ganze politische Energie für Winterthur als Kantonsrat in Zürich vertreten zu dürfen.»

## «Start-up» für Benedikt Oeschger im Stadtparlament

Benedikt Oeschger ersetzt Urs Glättli im Stadtparlament, wo die GLP acht der sechzig Sitze innehat. Oeschger studiert Agrarwissenschaften an der ETH. Mit ihm wird neu auch sein Jahrgang 2001 im Parlament vertreten sein. Er kandidierte erstmals 2022 und hat auf der grünliberalen Liste mehrere Plätze gutgemacht. Politisch engagiert hat sich Oeschger inhaltlich bereits für die Aufwertung des Grüzefelds und den Mattenbach-Veloweg. Laut der GLP habe sich Oeschger zusammen mit der JGLP sowohl für die Wahlen ins Stadtparlament als auch für den Kantonsrat wiederholt für Anliegen der betroffenen Bevölkerung eingesetzt. Neu wird er die Anliegen seiner Wählerschaft direkt im Parlament einbringen können. Die Grünliberale Fraktion wird ihn für die Kommission Soziales und Sicherheit vorschlagen. Benedikt Oeschger: «Mit grosser Freude und Respekt sehe ich meinem Start im Stadtparlament entgegen.» *pd/js*

Anzeige

Jetzt langt's!

Keine 10-Millionen-Schweiz

Das haben wir der unkontrollierten Masseneinwanderung zu verdanken:

- ➔ Wohnungsnot und explodierende Mieten
- ➔ Massiv höhere Stromkosten und Krankenkassenprämien
- ➔ Verstopfte Strassen und Züge
- ➔ Schweizer Kinder als Minderheiten in den Schulen
- ➔ Tägliche Kriminalität durch Ausländer
- ➔ Und und und ...

In den Ständerat:  
**Gregor Rutz**  
zusammen mit Regine Sauter

Mit einer Spende auf IBAN CH17 0900 0000 8003 5741 3 unterstützen Sie unseren Kampf für eine sichere Zukunft in Freiheit. Besten Dank!

SVP des Kantons Zürich  
Lagerstr. 14, 8600 Dübendorf,  
www.svp-zuerich.ch

Wer das nicht will,  
wählt SVP Liste 1

